Deutscher Bundestag 8. Wahlperiode

Drucksache 8/3510

13.12.1979

Sachgebiet 63

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP

zur dritten Beratung des Haushaltsgesetzes 1980

hier: Einzelplan 60

Allgemeine Finanzverwaltung

- Drucksachen 8/3100 Anlage, 8/3397 -

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht,

dem Bundestag angesichts der in der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers vom 17. Mai 1974 (Stenografischer Bericht über die 100. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Mai 1974, S. 6602) vertretenen Auffassung, daß die Bundesregierung die Wiedergutmachungs- und Kriegsfolgengesetzgebung als abgeschlossen betrachte, sowie unter Berücksichtigung der in dem Entwurf des Einzelplans 05 (Tit. 68636) mit einem Gesamtvolumen von 250 000 000 DM ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigung für "Leistungen im Interesse der deutsch-französischen Verständigung" und der jetzt beabsichtigten Abschlußgeste für die "Abschließende Leistung zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen" bis zum 31. März 1980 zu berichten, welche Konsequenzen sie hieraus in bezug auf die für Vertriebene und Flüchtlinge noch bestehenden Härten in der Kriegsfolgengesetzgebung, darunter insbesondere im Lastenausgleich, in der Entschädigungsgesetzgebung, im Gesetz zu Artikel 131 GG und im Häftlingshilfegesetz zu ziehen gedenkt.

Bonn, den 13. Dezember 1979

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion Wehner und Fraktion Mischnick und Fraktion